



Hans-Peter Killguss/Martin Langebach (Hg.)

»Opa war in Ordnung!«

Erinnerungspolitik der extremen Rechten

Beiträge und Materialien **o8**
Tagungsdokumentation

ibs

Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus
im NS-DOK der Stadt Köln





»Opa war in Ordnung!« Erinnerungspolitik der extremen Rechten

Beiträge und Materialien **o8**
Tagungsdokumentation

Impressum

Weitere Exemplare dieser Veröffentlichung sind für 9,90 Euro beim NS-Dokumentationszentrum erhältlich.

Nachdruck aller Fotos, Texte sowie Textteile nur nach ausdrücklicher Genehmigung der Herausgeber gestattet.

»Opa war in Ordnung!«
Erinnerungspolitik der extremen Rechten
hrsg. von Hans-Peter Killguss
und Martin Langebach
Gestaltungskonzeption: Hans Schlimbach
Layout: Georg Bungarten, Köln
Selbstverlag 2016
ISBN 978-3-938636-24-4
Beiträge und Materialien 08
der Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus

Die der Veröffentlichung zugrunde liegende Tagung wurde vom NS-Dokumentationszentrum in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb durchgeführt.



© NS-Dokumentationszentrum
der Stadt Köln
Info- und Bildungsstelle gegen
Rechtsextremismus (ibs)
Appellhofplatz 23–25
50667 Köln
Telefon: 0221-221-26332
ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de



Diese Broschüre wurde gefördert vom:

Ministerium für Familie, Kinder, Jugend,
Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen



Inhalt

I. Einleitung

Werner Jung Grußwort 4

Hanne Wurzel Vorwort 7

Hans-Peter Killguss/Martin Langebach

»Opa war in Ordnung!«

Erinnerungspolitik der extremen Rechten 10

II. 70 Jahre Kriegsende

Richard Overy

8. Mai 1945: Eine internationale Perspektive 26

Jost Dülffer

Das Jahr 1945 und das Kriegsende in Europa 1945.

Chaos, Gewalt und Wiederaufbau 38

III. Erinnerungspolitik und fiktionale Gegenerzählung

Gideon Botsch

Fiktionen gegen Fakten. Zum Umgang
der extremen Rechten mit Geschichte 52

Lena Inowlocki

Zur rechtsextremen Rhetorik der Rechtfertigung
im Generationenverhältnis 66

Michael Kohlstruck

Rechtsextreme Selbstviktimisierung.
Das deutsche Volk als konstitutionelles Opfer 80

IV. Vertiefungen an ausgewählten Beispielen

Christoph Kopke/Karsten Wilke

Heldengeschichten als Gegenerzählungen.
Extrem rechte Narrative und Inszenierungen
zum Zweiten Weltkrieg 92

Brigitte Bailer

Verharmlosung des NS-Regimes –
ein Teil geschichtsrevisionistischer
Geschichts-um-schreibungen 104

Christian Mentel

»Auschwitz muss fallen ...«
Die Negation des Holocaust und die extreme
Rechte in der Bundesrepublik 118

Karl Banghard/Jan Raabe

Die Germanen als geschichtspolitisches
Konstrukt der extremen Rechten 130

Kirsten John-Stucke/Heiko Klare/Stefan Wunsch
Zwischen »Mystifizierung« und »Authentizität«. Überlegungen zum Umgang mit der extremen Rechten an sogenannten Täterorten 144

Karola Fings

Der Hürtgenwald – eine ländliche Erinnerungsgemeinschaft zwischen Restauration und Wandel 160

Regine Heubaum

Als der Krieg nach Nordhausen kam – lokale Bearbeitungen erinnerungspolitischer Herausforderungen 172

Magnus Brechtken

Die Relevanz von »Mein Kampf« als zeitgenössische Quelle und Beitrag für den demokratischen Diskurs der Zivilgesellschaft 180

V. Intervention und pädagogische Auseinandersetzung

Ulrich Baumgärtner

»Mein Kampf« – kritisch lesen, aber wie? 188

Michael Sturm/Dirk Wilking

Von Heroes und Helden.
Geschichtsbilder der extremen Rechten und wie ihnen die Zivilgesellschaft begegnen kann 198

Sarah Kleinmann

»Die Wehrmacht war nicht an Verbrechen beteiligt.« Vom Umgang mit extrem rechten Mythen in der außerschulischen politischen Bildung 214

Jens Tanzmann

»Was bedeutet eigentlich »Mord an Hess«?« Rechtsextreme Geschichtsdeutungen und Propagandaaktivitäten als Herausforderung für Schule und den Geschichts- und Politikunterricht 222

VI. Perspektiven

Juliane Wetzel

Reine Wissensvermittlung ist heute zu wenig
Ein Kommentar aus Sicht der
Antisemitismusforschung 232

Ulrich Ballhausen

14 Anmerkungen aus der Praxisperspektive der politischen Bildung 239

Bildnachweis 244

Hans-Peter Killguss / Martin Langebach

»Opa war in Ordnung!«

Erinnerungspolitik der extremen Rechten

➤ Ihr Deutschen, was treibt einen sechsfachen Familienvater am 8. Mai 2015 auf die Straße?«, fragt Wolfram Nahrath am frühen Abend jenes Tages an historischer Stätte: »Es ist die Sorge, die Angst um den Bestand seines eigenen Volkes, zu dem ich selbst und all meine Artgenossen gehören«. Knapp 50 Mitglieder sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten der NPD haben sich unter dem Motto »Wir feiern nicht – Wir gedenken!« in Berlin-Karlshorst versammelt, um »unsere deutschen Gefallenen des 2. Weltkriegs« zu betrauern – dort, wo am 8./9. Mai 1945 die militärische Kapitulation der deutschen Wehrmacht ratifiziert wurde.¹ Der 53-jährige Rechtsanwalt Nahrath ist ein langjähriger Aktivist der extrem rechten Szene. Er war unter anderem, bis zum Verbot 1994, Vorsitzender der Wiking Jugend – wie zuvor sein Vater Wolfgang und sein Großvater Raoul. Nach Nahrath trat Sebastian Schmidtke an das Mikrofon und bediente in seiner Rede ebenso die gängigen Narrative der extremen Rechten zum Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa: »Am heutigen 8. Mai 2015 feiert das sogenannte politisch korrekte Deutschland den Tag der sogenannten Befreiung durch die alliierten Feindmächte«, so der 30-jährige Vorsitzender des Berliner NPD-Landesverbands.

»Von Befreiung ist die Rede, von Frieden und Recht. Doch hatten die Besatzungsgruppen im Frühjahr 1945 tatsächlich Demokratie, Humanität und Friedfertigkeit im Marschgepäck? Ich denke nicht.

70 Jahre nach Kriegsende wird es Zeit, nach verdrängten historischen Fakten zu gucken. Denn die Wahrheit ist die Voraussetzung, endlich wieder für Gerechtigkeit, die unserem Volk widerfahren muss ... Denn unser Volk wird seit 70 Jahren nicht mehr gerecht behandelt« (Schmidtke 2015).

Diese Worte kommen an bei den Teilnehmenden, die neben Fahnen und anderen Transparenten ein Banner mit der Aufschrift: »Deutsche befreit euch, denn Wahrheit macht frei!« mit sich führen. Die

assoziative Parole »Wahrheit macht frei!« findet seit Jahrzehnten in der extremen Rechten² im Rahmen von geschichtspolitischen Veranstaltungen Verwendung.

Szenenwechsel – Demmin, 8. Mai 2015: Eine kleine Gruppe von Frauen und Männern, gehüllt in dunkle, abgetragene Mäntel, einige mit Koffer in der Hand, andere einen Leiterwagen ziehend, sticht aus dem alljährlichen »Trauermarsch« anlässlich des 8. Mai 1945 hervor. Der Trupp soll Flüchtlinge verkörpern, die in den letzten Kriegsmonaten aus Ostpreußen kommend durch die mecklenburgische Kleinstadt zogen. Die Männer dieser Laienschauspielgruppe sind allerdings alle im wehrfähigen Alter und hätten damals in der Wehrmacht gedient. Doch es geht bei dem Marsch nicht um historische Genauigkeit, sondern um eine Inszenierung, die eine emotionale Bindung an eine durch Leid geprägte »deutsche Volksgemeinschaft« herstellen soll. Versammelt haben sich die rund 200, vorwiegend jungen männlichen Teilnehmer, unter der auf einem Transparent prangenden Losung: »8. Mai – wir feiern nicht! Der Krieg war vorbei, doch das Morden ging weiter. Im stillen Gedenken an die Opfer des sowjetischen Massakers in Demmin 1945.« Ihr Marsch

Hans-Peter Killguss ist Leiter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln.

Martin Langebach ist Referent im Fachbereich »Extremismus« der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb.

Neonaziaufmarsch in Demmin 2014.



wird jedoch immer wieder gestoppt durch Sitzblockaden der Gegendemonstrantinnen und -demonstranten. Die Wartezeit wird mit Reden überbrückt. Udo Pastörs, NPD-Fraktionsvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern betont: »Deutschland wurde nicht befreit.« Und spricht von den »tapferen Männern unserer Wehrmacht, die alles versucht haben, die Gewaltexzesse [...] auch hier vor den Toren Demmings noch abzuwenden. [...] Es gibt allen Grund, bescheiden und aufrichtig stolz auf diese Männer und Frauen zu sein« (zitiert nach Cruzcampo 2015). Erst kurz vor Mitternacht erreicht der neonazistische Demonstrationszug den Hafen an der Peene. Die Teilnehmenden halten Fackeln und nehmen zum Totengedenken Aufstellung im Halbkreis, die Fahnen sind gesenkt, getragene Musik läuft vom Band. Erinnert werden soll hier nicht nur an die Gefallenen der kämpfenden Truppen, sondern an diesem Ort vor allem auch an jene Frauen und Mädchen, die sich in den letzten Kriegstagen in der Tollense oder Peene ertränkten. Vorsichtige Schätzungen gehen von mindestens 500 Menschen aus, die sich das Leben nahmen (vgl. Demminer Regionalmuseum 2013, Huber 2015) – neonazistische Kreise sprechen von Tausenden. Einen Kranz übergeben die Neonazis in Erinnerung an die Toten dem Wasser.

Rückgriff auf die Geschichte

Zwei Szenen aus dem Spektrum der Neonazis rund um den 70. Jahrestag des Kriegsendes. Sie deuten an, welchen Stellenwert die Auseinandersetzung mit Geschichte in der extremen Rechten hat – nicht nur zum 8. Mai. Einige zentrale Kampagnen der letzten dreißig Jahre zeigen, dass sich historische Themen als besonders mobilisierungsfähig erwiesen und mit dazu beigetragen haben, das notorisch zersplitterte und in Grabenkämpfe verstrickte Spektrum durch den Rekurs auf gemeinsam geteilte Erzählungen immer wieder – zumindest kurzfristig – zu einen: Seit den späten 1970er bis in die Mitte der 1990er Jahre war eines der zentralen geschichtspolitischen Felder die Leugnung oder Relativierung des Holocausts. Der Tod des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß 1987 wurde zu einem weiteren Ereignis, das über Jahrzehnte Anlass zur Initiierung verschiedener Aktionsformen und unverhohlener Verherrlichung des Nationalsozialismus gab. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wurde die Bombardierung Dresdens durch alliierte Streitkräfte am 13. Februar 1945 zum Aufhänger jährlich größer werdender Aufmärsche – in der Diktion der extremen Rechten »Trauermärsche« genannt. In den Folgejahren griffen verschiedene Akteure aus dieser Szene das Thema in anderen bundesdeutschen Großstädten auf. Die Wanderausstellungen »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« (1995–1999) und die Überarbeitung »Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944« (2001–2004) des *Hamburger Instituts für Sozialforschung* waren im selben Zeitraum für die rechte Szene Anlass zu Protesten an vielen Orten, an denen die sogenannte Wehrmachtsausstellung gezeigt wurde. Zum festen Bestandteil des extrem rechten Aktionskalenders avancierte auch das alljährliche »Heldengedenken« am Volkstrauertag im November, bei dem der Soldaten von Wehrmacht und Waffen-SS gedacht wird. Bevorzugt an Kriegerdenkmälern führt das Spektrum lokale Gedenkveranstaltungen durch. Wenige Jahre lang gab es auch die Versuche zentralisierter Veranstaltungen auf dem Friedhof in Halbe, wo etliche der bei einer der letzten großen Schlachten des Zweiten Weltkrieges umgekommenen Soldaten begraben sind (vgl.



Neonazisaufmarsch in Halbe 2009.

Schulze 2015). Jenseits dessen gab und gibt es weitere geschichtspolitische Themen, die von der extremen Rechten regelmäßig aufgegriffen werden. Dazu gehören der 9. November (als Jahrestag des Putschversuches der NSDAP wie auch der Reichspogromnacht), die Glorifizierung von »Blutzeugen« aus der Bewegungszeit des Nationalsozialismus, die positive Bezugnahme auf Adolf Hitler und andere NS-Größen, die Verherrlichung der Wehrmacht oder hochrangiger Offiziere oder auch die Kriegsschuldfrage des Zweiten Weltkriegs. Dem neonazistischen Teil der extremen Rechten geht es nicht allein um Schuldabwehr oder -relativierung, sondern vielmehr um Versuche einer positiven Geschichtsschreibung in Bezug auf das »Dritte Reich«, eingeordnet in ein spezifisches Narrativ über die »Deutsche Geschichte«³. Ausgehend vom Frühmittelalter bis in das Heute rücken die vielfältigen Erzählstränge stets die vermeintlich besonderen Charakterzüge und Leistungen »der Deutschen« in den Mittelpunkt. Die geschichtspolitischen Äußerungen der extremen Rechten begrenzen sich folglich nicht auf die Zeit des Nationalsozialismus, sondern beziehen sich zurück auf die Germanen, auf Kaiser und Könige, Preußen, die »Befreiungskriege«, das Deutsche Reich von 1871, den Ersten Weltkrieg, Versailles, die »Schandrepublik« von Weimar bis zum »Volksaufstand in der DDR« am 17. Juni 1953.

Ihre Deutungen von Ereignissen und Zeitspannen waren und sind dabei immer auch auf die hegemonialen Erzählungen der Bundesrepublik Deutschland bezogen – größtenteils in fundamentaler Opposition, teils aber auch in Anlehnung und in Übereinstimmung zu gesellschaftlich mehrheitsfähigen Narrativen. Das betraf beispielsweise den 8. Mai 1945 oder den langlebigen Mythos von der »sauberen Wehrmacht«.

Auseinandersetzung mit der Vergangenheit

Grundsätzlich konnte sich die extreme Rechte mit ihren geschichtspolitischen Vorstößen zu keinem Zeitpunkt in Politik oder Wissenschaft durchsetzen. Gerade in Deutschland bilden die präzedenzlosen Verbrechen des Nationalsozialismus weiterhin eine moralische Hypothek, die eine breite gesellschaftliche Akzeptanz der »Ewiggestrigen« verunmöglicht. Waren die Jahre nach 1945 in Deutschland von Verdrängung, Verleugnung und Vergessen beziehungsweise einem »kollektiven Beschweigen« (Hermann Lübke) gekennzeichnet (vgl. dazu auch Frei 1996), gehört der Holocaust inzwischen zum Grundbestand des politisch-kulturellen Gedächtnisses der Bundesrepublik. Ein wie auch immer gearteter positiver Bezug darauf stellt für den allergrößten Teil der Bevölkerung ein Tabu dar. Über alle demokratischen politischen Lager hinweg hat sich ein Grundkonsens herausgebildet, der besagt, »dass während des ›Dritten Reiches‹ Verbrechen unerhörten Ausmaßes in staatlichem Auftrag und ›im Namen des deutschen Volkes‹ begangen worden sind. Deshalb verbietet es sich gleichsam von selbst, sich dieser Epoche positiv zu erinnern« (Frevert 2005). Und so ist die öffentliche Auseinandersetzung mit der extremen Rechten emotional durch den zur Formel geronnenen Ausdruck Adornos von 1966 »daß Auschwitz nicht noch einmal sei« (Adorno 1972: 88) aufgeladen.

Die These, dass die Stabilität der demokratischen Kultur bis heute aus der öffentlichen Erinnerung an den Holocaust gespeist werde (vgl. Dubiel 1999: 180), trifft auf breite Zustimmung. Sie berührt auch aktuelle Fragen, wie die nach dem Umgang mit Geflüchteten und Eingewanderten. Die »Verurteilung von Diskriminierung und Gewalt gegenüber dieser Menschengruppe [scheint] ein Hinweis auf die Transferleistungen dieser in Deutschland besonderen Form der Erinnerungskultur zu sein« (Lutz 2015, kritisch dazu: Klare/

Sturm 2012).⁴ Diese als spezifisch ausgemachte Form des kollektiven Erinnerns stellt die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen in den Mittelpunkt und vollzieht damit endgültig die Abkehr von einer Erinnerungskultur, die im Prozess des nationbuilding im 19. Jahrhundert begann und auch über das Ende des Zweiten Weltkrieges hinausreichte; eine Erinnerungskultur, die die Heldentaten der eigenen Nation betonte und die erbrachten »eigenen« Opfer verklärte und damit zum Stützpfiler eines »Gemeinsamkeitsglaubens« (Max Weber) wurde. Obgleich es immer wieder Gegenbewegungen dazu gab, wurde dieser Bruch quasi zu einer »öffentlichen Aufgabe« (Knigge 2010: 12) einer staatlich geförderten Gedenkkultur seit den 1990er Jahren, die eine »Fülle von Formen und Verfahren der Erinnerung hervorgebracht, ausprobiert und in einer eigenen Kultur der »Vergangenheitsbewältigung« oder besser: Erinnerungskultur organisiert, ritualisiert und verdichtet« (Reichel 1995: 15) hat. Die derzeit von den »professionellen« erinnerungspolitischen Akteuren geführten Diskurse sind geprägt von Fragen der Transnationalität, Multiperspektivität und der Auseinandersetzung mit einer Vielzahl biographischer Erfahrungen in der kulturell und ethnisch heterogenen Migrationsgesellschaft. Zugespißt formuliert und die zahlreichen Widersprüche und Ambivalenzen außer Acht lassend, scheint es einen fundamentalen Gegensatz zu geben: Zwischen einer öffentlichen und hegemonialen Erinnerungskultur, die sich aus einem negativen Gedächtnis speist und deren Vermittlungsformen von reflexiven Momenten bestimmt sind,⁵ und den national-restaurativen Formen des Erinnerns der extremen Rechten, die Ausgrenzungsprozesse und völkische Identitätsstiftungen begründen. Fragt man jedoch nach grundsätzlichen Funktionen des Erinnerns, ergibt sich eine andere Perspektive.

Erinnerung als Sinnstiftung

Erinnerung gilt gemeinhin als Versuch, Vergangenheit festzuhalten und zwar so, dass sie auf die Gegenwart bezogen, mithin vergegenwärtigt werden kann; sie dient so »der Orientierung in einer Gegenwart zu Zwecken des zukünftigen Handelns« (Giesecke/Welzer 2012: 75). Dabei legen sich Menschen brauchbare Vergangenheiten zurecht, um mit Hilfe dieser symbolischen Konstrukte ihr Leben zu organisieren. In der Erinnerung zeigt sich nicht die Vergangenheit des Vergangenen, sondern die Vergangenheit der Gegenwart, also das, was unter gegenwärtigen Bedingungen von der Vergangenheit kollektiv erinnert wird. Für die Analyse der Funktion der Erinnerung ist es erst einmal unerheblich, ob die erinnerte Vergangenheit »wirklich geschehen«, rekonstruiert oder partiell imaginiert ist. Die kollektiv geteilten Gedächtnisinhalte begründen die Zugehörigkeit zu einer Gruppe und schaffen eine Gruppenidentität über den Rückbezug auf die »eigene« (bzw. die als eigen angenommene) Geschichte. Sie bilden nicht notwendigerweise tatsächliches historisches Geschehen ab, sondern erfüllen eine identitätsstiftende Funktion, die sich vorwiegend an den »Kriterien der Gegenwart« orientiert (Kohlstruck 2004a: 176).

Verschiedene Historikerinnen und Historiker haben auf die Gruppenbezogenheit von Erinnerung und Gedächtnis hingewiesen. Erinnern verbindet und so lässt sich eine je eigene Form der Erinnerung bei verschiedenen Gruppen nachweisen, seien es Gewerkschaften, Vereine und Parteien (vgl. Faulenbach 2002: 82), und es ließe sich auch für die extreme Rechte – so sie in unserem Zusammenhang trotz der unterschiedlichen Ausrichtungen als eigene »Gruppe« gesehen wird – konstatieren.



Postkarte der 1952 gegründeten und 1994 verbotenen »Wiking-Jugend« unter dem Motto »Setzt ihre Helden Steine ...«.

Dabei muss zwischen persönlicher und kollektiver Erinnerung unterschieden werden. Bei letzterer geht es nach Aleida Assmann nicht um eine »Ansammlung von Einzelerinnerungen«, sondern um eine »konstruierte Geschichte, die den Rahmen absteckt für die einzelnen Erinnerungen, sodass man sich dieser Geschichte zurechnen kann« (Assmann 2013: 17). Es ermöglicht den Mitgliedern einer Gesellschaft – oder auch einer Gruppe innerhalb einer Gesellschaft –, über räumliche und zeitliche Entfernungen hinweg Bezugspunkte in der Vergangenheit festzuhalten und sich so als Teil einer größeren Einheit zu begreifen. Individuen gehören »größeren Erinnerungskollektiven an, in deren Rahmen sie sich mit den Anderen oder gegen die Anderen erinnern« (ebd.: 18–19). Bezogen auf den sozialkonstruktivistischen, sinnstiftenden und gruppenbezogenen Charakter kollektiver Erinnerung lässt sich so auch von einer extrem rechten Erinnerung, gar von einer extrem rechten »Erinnerungskultur« als »Aneignung der Vergangenheit durch eine Gruppe« (ebd.: 32) sprechen. Die extreme Rechte zeichnet dabei nicht die Tatsache aus, dass sie sich die Vergangenheit aneignet, um Identität und Sinn herzustellen und um ihr Handeln im Hier und Heute zu legitimieren; es ist vielmehr die Art und Weise, wie sie es tut. Die Spezifik extrem rechter Erinnerung ergibt sich aus ihrer »fundamentaloppositionellen« Aufladung (Kohlstruck 2004b). Die extreme Rechte entwirft also ein Gegennarrativ zu einer vom Holocaust und den Verbrechen des Nationalsozialismus geprägten bundesrepublikanischen Erinnerungskultur. Für dieses politische Milieu ist Geschichte die Folie, auf welcher der Opfermythos des deutschen Volkes beschworen wird, und gleichsam eine »Waffe«, um die »eigenen ideologischen Grundpositionen mit dem Nimbus absoluter »Wahrheit« zu versehen« (Langebach/Sturm 2015: 8). Eine »historische Wahrheit« kann sie jedoch nicht beanspruchen. Der Historiker Bernd Faulenbach meint pointiert: »Erinnerungen, die akzeptiert werden sollen, brauchen das Gütesiegel wissenschaftlicher Überprüfung« (2002: 87). Im übertragenden Sinne daran anknüpfend betont Gideon Botsch im vorliegenden Band, dass Erinnern auf die historische Erfahrung, auf das Dagewesene rekurriere, die extreme Rechte hingegen eine historisch-fiktionale Geschichtsschreibung betreibt. Der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn hat in diesem Zusammenhang auch von »Fantasiegeschichte« gesprochen, die genutzt werde, »um eine Wirklichkeit zu interpretieren, die in den Augen ihrer Protagonisten so hätte gewesen sein sollen beziehungsweise müssen, um die eigenen Zukunftsvisionen und das Agieren in der Gegenwart legitimieren zu können« (Salzborn 2011: 21). Um genau diesen Aspekt der Geschichtsm Manipulation, Verdrehung und mythologischen Aufladung von Geschichte zum Zwecke der Begründung extrem rechter Ideologie und Legitimierung extrem rechten politischen Handelns zu unterstreichen, sprechen wir von extrem rechter Erinnerungspolitik – wohl wissend, dass die geschichtspolitischen Deutungsmuster der extremen Rechten weder auf Erkenntnisse überprüfbarer historischer Forschung zurückgreifen, noch sie sich in der diskursiven Auseinandersetzung mit anderen geschichts- und erinnerungskulturellen Interpretationen entwickeln.



Heldenverehrung: Grab des Panzerkommandanten und Hauptsturmführer der Waffen-SS Michael Wittmann auf dem Soldatenfriedhof von La Cambe in der Normandie, 6. Juni 2014, 70. Jahrestag der alliierten Landung in der Normandie (D-Day).

Funktionen extrem rechter Erinnerungspolitik

In der extremen Rechten sind die Bezüge auf Geschichte und Geschichten omnipräsent. Analytisch lassen sich drei Motive funktional unterscheiden:

1) *Indienstnahme von Geschichte als identitätsstiftendes (überzeitliches) Narrativ*: Mit erinnerungspolitischen Inszenierungen vergewissern sich die Anhängerinnen und Anhänger der extremen Rechten, Teil einer über Generationen hinweg bestehenden »Geschichte der Deutschen« zu sein, zu der sie qua Abstammung gehören. Das »deutsche Volk« wird als eine »Schicksals- und Kampfgemeinschaft« gesehen; verbunden durch eine vermeintlich mehr als zweitausendjährige Geschichte und geprägt durch (ihm angeblich stets aufgezwungene) Kriege, Leid und erbrachte Opfer. Die Phase des Nationalsozialismus als konsequenter Versuch, eine »Reinheit des Volkes« herzustellen, ist dabei die bedeutsamste, die in extrem rechten Formen der Erinnerungen aufgerufen wird. In der nach innen gerichteten Kommunikation über den Nationalsozialismus stehen weniger die Leugnung oder Relativierung der Verbrechen im Mittelpunkt, sondern vielmehr die Betonung des Heroischen – ein Charakterzug des deutschen Volkes, der im Krieg besonders zum Tragen gekommen sei – sowie die Hervorhebung der »eigenen« Opfer. Dies geschieht nicht nur im Rahmen geschlossener Privatveranstaltungen mit Zeitzeugen der »Erlebnisgeneration« (dekorierte ehemaliger Wehrmacht- oder Waffen-SS-Angehörige oder ehemaliger HJ-Führer), sondern auch in öffentlichen Verlautbarungen über geschichtsbezogene Aktivitäten. Beispielhaft wird in einem Bericht auf einer extrem rechten Website über eine an einem Kriegerdenkmal durchgeführte Gedenkveranstaltung zum 8. Mai berichtet:

»Zu Beginn unserer Ehrung betonte ein Kamerad in seiner Rede, dass es gerade um das Datum des 8. Mai herum wichtig ist den Gefallen des deutschen Volkes zu gedenken und nicht der heuchlerischen Propaganda der Besatzer zu folgen und diesen Tag als Befreiung anzusehen. Denn an diesem Tag kam mehr Leid und Tod über das deutsche Volk, als es ein ganzer Krieg nicht hätte anrichten können. Die Folgen dieser Besatzung spiegeln sich immer noch in unserer heutigen Gesellschaft wieder. [...] Nach der Rede wurde das Lied ›Ich hatt' einen Kameraden‹ von Ludwig Uhland gesungen die beiden schwarzen Fahnen wurden gesenkt und der Kranz wurde niedergelegt. Daraufhin folgte die Totenehrung [...]. Zum Schluss wurde das Lied ›Ein junges Volk steht auf‹ von Werner Altendorf gesungen« (Nationaler Widerstand Dortmund 2007, Schreibweise im Original).

Hervorgehoben wird das Leid der Eigengruppe »deutsches Volk«. Gegenüber den Rezipierenden muss diese Prämisse nicht erklärt werden, es wird verstanden, wer dazugehört und wer nicht. Zweitens bauen die Autorinnen oder Autoren eine generative Kette auf: Ein »Kamerad« ehrt die »Gefallenen des deutschen Volkes« und gemeinsam singen sie »Ich hatt einen Kameraden« (eigentlich: Der gute Kamerad). Damit versuchen sie sich ebenso in die vergangenen Totenehrungen wie auch die noch heute gängigen Ehrungen, beispielsweise am Volkstrauertag, einzureihen. Das genannte Lied aus dem frühen 19. Jahrhundert wird damals wie heute bei militärischen Trauerfeierlichkeiten gespielt. Das zweite genannte Lied hingegen wird ausschließlich in neonazistischen Kreisen bei derartigen Veranstaltungen gesungen oder abgespielt. »Ein junges Volk steht auf« (1935), ein Propagandalied der Hitlerjugend, stellt dabei ein Erinnerungsritual dar, das noch einmal auf anderer Ebene die Gemeinschaft beschwört. Deutlich wird an dem Bericht des *Nationalen Widerstands Dortmund* auch, dass es nicht um einen rationalen Zugang als

Verstehen des Gewesenen geht, sondern vielmehr um eine emotionale Bindung an das deutsche Volk; eine Affirmation und Appellation, die mit viel Pathos zelebriert wird.

II) *Präsentation eines Wahrheit behauptenden Narrativs über die »deutsche Geschichte«:* In öffentlichen Wortmeldungen der extremen Rechten, sei es in den Landtagen, auf der Straße oder in den Medien, dient die eigene Erzählung primär der Abwehr einer aus Perspektive der extremen Rechten das »deutsche Volk« diffamierenden Geschichtsschreibung. Sie bedient sich dabei in der Regel jedoch nicht einer grundsätzlichen Erfindung oder Negation (zum Beispiel im Rahmen der Holocaustleugnung) von geschichtlichen Ereignissen, sondern einer Vermischung von tatsächlichen historischen Begebenheiten, Verkürzungen, mangelnder Kontextualisierung, Verabsolutierung der Erfahrungen Einzelner, Fehlinterpretationen, Verdrehungen – und eben auch erfundenen Ereignissen. Damit entstehen fiktionale Gegenerzählungen (Botsch), die mitunter aber eine große Popularität entfalten können – besonders dann, wenn sie an Narrative anschließen, die zumindest in einem nennenswerten Teil der Bevölkerung Zustimmung finden oder lokal verankert sind. Ein Beispiel für die Vermischung von Tatsachen, bewussten Auslassungen und Fiktionen ist der Aufruf des neonazistischen Organisatorenkreises »Rheinwiesenerlager« für einen »Trauermarsch« am 21. November 2015 in Remagen, mit dem an die deutschen Kriegsgefangenen erinnert werden soll, die die Alliierten zwischen April und Herbst 1945 in den sogenannten Rheinwiesenerlagern inhaftiert hatten. Darin heißt es:

»Am 8. Mai 1945 kapitulierte die Deutsche Wehrmacht bedingungslos. Die Waffen schwiegen und die deutschen Soldaten begaben sich in ein ungewisses Schicksal. Nach langen Jahren des zähen Ringens hofften die deutschen Soldaten auf eine faire Behandlung durch die Sieger. [...] Wie falsch sie mit dieser Einschätzung lagen, ist bis heute ein gerne totgeschwiegenes Thema in den Geschichtsbüchern der BRD. Der Mythos der sogenannten Befreiung, der ein Eckpfeiler des Selbstverständnisses der BRD seit ihrer Gründung ist, zieht auch nach Kriegsende eine lange Blutspur hinter sich her. Vertreibung, Raub und Massenmord an Kriegsgefangenen sind Dinge, die so gar nicht in das Bild der gütigen »Befreier« passen wollen« (rheinwiesenerlager.info 2015).

Aus diesem Zitat sei nur auf vier der vielen Setzungen und Behauptungen hingewiesen: Der Terminus »zähes Ringen« suggeriert einen sportlichen Wettkampf, der die zum Alltag deutscher Soldaten gehörenden Erschießungen, Vergewaltigungen und Plünderungen (vgl. Neitzel/Welzer 2011) ausklammert. Zweitens versuchten die Alliierten zumindest im Westen, die deutschen Kriegsgefangenen mehr oder weniger »ordentlich« zu behandeln (vgl. Overmanns 2002). Drittens ist die Deutung des 8. Mai als »Tag der Befreiung« jüngeren Datums und in der politischen Debatte kontrovers diskutiert worden (vgl. Hurrelbrink 2005; Kirsch 1999). Viertens ist Gewalt der Sieger im Diskurs nicht tabuisiert, sondern wurde in Alltagserzählungen als auch in der Wissenschaft weithin besprochen (vgl. beispielsweise Mühlhauser 2001). Allerdings konnte die extreme Rechte durchaus an bis Ende der 1970er Jahre hegemoniale Narrative anknüpfen, in denen nicht die Opfer des Nationalsozialismus im Mittelpunkt standen, sondern in deren Perspektive das Volksgemeinschaftliche nachklang (vgl. bspw. Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte 1958 ff).

»In den sogenannten Rheinwiesenerlagern wurden gegen Kriegsende über 3,4 Millionen deutsche Soldaten inhaftiert. Unter katastrophalen hygienischen Zuständen zusammengepfercht, starben in den Jahren 1945/46 fast eine Million dieser Gefangenen«, wird in dem Aufruf weiter behauptet. Seriöse Forschungen gehen jedoch davon aus, dass »von insge-

samt einer Million Menschen, die in den Rheinwiesenlagern eingesperrt waren, zwischen 5.000 und 10.000 nicht überlebt [haben], davon viele, die mangels ausreichender Versorgung an bereits vorher erlittenen Verwundungen oder Krankheiten starben« (Overmanns 2008: 421). Auf »rheinwiesenlager.info« hingegen ist die Rede von »Opfer[n] eines gezielt betriebenen Massenmordes«. Der monströse Stil dieser Darstellung, die über eine Übertreibung hinausgeht und reine Fantasiegeschichte ist, folgt scheinbar zwingend der Notwendigkeit des Handelns: »Eine Million Tote rufen zur Tat!«, so der Appell am Ende des Aufrufs. Darin drückt sich auch das Politikverständnis der extremen Rechten aus, ihre Mythen durch direkte Aktionen (in diesem Fall durch einen sicht- und wahrnehmbaren Aufmarsch) »wahr« werden zu lassen. »Dieses ›Wahrmachen‹ im Sinne eines ›Tatglaubens‹ gilt primär als eine Frage des kollektiven Willens« (Lenk 2005: 20). In Remagen versucht die extreme Rechte mit ihren jährlich im November stattfindenden Aufmärschen, an ein bestehendes lokales Gedenken anzuknüpfen, ohne dass dies von Erfolg gekrönt wäre.



III) Täter-Opfer-Umkehr und Stilisierung als Aufklärer: Das Beispiel Rheinwiesenlager zeigt, wie die extreme Rechte Geschichte verdreht und versucht, »tatsächliche Probleme, die in den alliierten Lagern aufgetreten waren [...] mit offenkundig historisch unzutreffenden Behauptungen zu verknüpfen« (Manthe 2015: 250). Der Hintergrund für diese propagandistisch aufbereiteten,

Ausgabe 8/09 der Wochenzeitung »Junge Freiheit« vom 13.02.2009.

nach außen gerichteten Erinnerungsformen ist naheliegend: Die extreme Rechte versucht mit ihren Aktionen, Deutsche als die »eigentlichen Opfer« in den Fokus zu rücken, um im Rahmen einer Täter-Opfer-Umkehr die begangenen Verbrechen zu relativieren und die Schuld der damaligen Generation, in ihrer Diktion des »deutschen Volkes«, zu negieren. Ausdrücke wie »Massenmord«, »Ausrottung« oder »Vernichtung«, die in der Öffentlichkeit mit den NS-Verbrechen assoziiert werden, werden gezielt in den Diskurs eingespeist, um sie neu zu besetzen. Bei der Thematisierung der Shoa hingegen wird wahlweise von »Holocaustindustrie« oder »Holocaustreligion« gesprochen (vgl. bspw. Hinz 2009, Schüßlburner 1993) und bei Wortmeldungen zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen werden beispielsweise Begriffe wie »Nationalmasochismus«, »Selbsthass« und vor allem »Schuld kult« bemüht:

»Deutschland braucht um seiner Zukunft willen ein nationales Geschichtsbild, das die Kontinuität im Leben unseres Volkes in den Mittelpunkt stellt. Wir Nationaldemokraten erteilen dem staatlich verordneten Schuld kult, der nicht zuletzt im Dienst fremder Finanzinteressen steht und deutschen Selbsthass, vor allem bei der Jugend, fördert, eine Absage« (NPD 2010: 14).

Wen die NPD im Sinn hat, wenn sie von »fremden Finanzinteressen« spricht, zeigt sich beim Blick in andere Publikationen der Partei. In der Handreichung »Argumente für Kandidaten & Funktionsträger« heißt es beispielsweise:

»Der von jüdischer Seite seit 60 Jahren betriebene Schuld kult und die ewige jüdische Opfertümelei muss sich kein Deutscher gefallen lassen. Es muss endlich Schluss sein mit der psychologischen Kriegsführung jüdischer Machtgruppen gegen unser Volk. Schließlich ist klar, dass die Holocaust-Industrie mit moralischen Vorwänden die Deutschen immer nur wieder finanziell auspressen will« (NPD Parteivorstand/Amt für Öffentlichkeitsarbeit 2006).

Offen zutage tritt hier ein sekundärer Antisemitismus, ein Judenhass aus dem Motiv der Erinnerungsabwehr heraus, der sich (überspitzt) auf den Punkt bringen lässt: »Antisemitismus nicht trotz, sondern wegen Auschwitz« (vgl. Gessler 2006).

Längst hat die Rede vom »Schuldskult« das neonazistische Milieu verlassen und wird auch von anderen Akteuren der (extremen) Rechten wie selbstverständlich benutzt: 2007 legte das *Institut für Staatspolitik*, das der sogenannten Neuen Rechten zugerechnet wird (vgl. Kellershohn 2015), eine Schrift in ihrer »wissenschaftlichen Reihe« vor mit dem Titel: »»Meine Ehre heißt Reue«. Der Schuldstolz der Deutschen«. Die »Junge Freiheit« benutzt den Begriff regelmäßig in ihrer Berichterstattung über Gedenkveranstaltungen oder geschichtspolitische Debatten. Und auch auf der Bühne von PEGIDA ist der Begriff angekommen – also bei den selbsterklärten »patriotischen Europäern«, die sich eigentlich »gegen die Islamisierung des Abendlandes« wenden wollen.

Am geschichtsträchtigen 9. November 2015 erklärte die Hauptrednerin der Abschlusskundgebung, das ehemalige AfD-Mitglied Tatjana Festerling, zunächst minutenlang, wie umfangreich das Angebot an Ratgeberliteratur zum Thema »Loslassen« sei, um dann die versammelten, mehr als 8.000 Zuhörerinnen und Zuhörer auf dem Theaterplatz in Dresden zu fragen:

»Seid Ihr bereit, hier bereit, loszulassen? [»Ja«-Rufe] Dann erklären wir doch hier und heute, am 9. November 2015, 70 Jahre nach dem Kriegsende, den deutschen Schuldkomplex der zwölfjährigen Naziherrschaft offiziell für beendet. [Beifall] Denn ja, auch wenn es um unsere Geschichte geht, um Furchtbares, das bis heute traumatische Spuren in Familien, in Völkern, hinterlässt, auch dann gilt die Psychologie der Ratgeberbranche: Wir lassen die Vergangenheit jetzt los. Und deshalb ist Schluss mit der künstlichen Naziparanoia. [Beifall] Und ihr da beim Stern, beim Spiegel, der Süddeutschen, Tagespiegel und wie die linksversiffenen Schundblätter noch alle heißen. [»Buh«-Rufe] Und natürlich auch hier bei den von erpresstem Geld finanzierten GEZ-Sendern, bei NTV, N24, RTL und so weiter: Ab sofort könnt ihr euch eure Hitlerlei an den Hut stecken. [Beifall] [...] Und wenn ihr eure Hitlerfantasien und eure Naziobsession nicht in den Griff bekommt, dann macht THE-RA-PIE! [Beifall] Aber lasst uns mit euren Schuldskult, mit der Vergangenheit, für die keiner von uns hier die Verantwortung trägt, endlich in Ruhe« (Festerling 2015).

Tatsächlich ist die Wortmeldung im Zusammenhang mit der eigentlichen Themensetzung von PEGIDA zu sehen und folgt einer Erzählung, die sich auch bei ähnlichen Akteuren am rechten Rand finden lässt: Wegen des »deutschen Schuld-Kultes« dürfe nicht über die in ihrer Wahrnehmung drängenden Probleme (»Flüchtlingskrise«, »Überfremdung«, »Islamisierung«) gesprochen werden. Das offizielle Geschichtsbild, das einzig eine »deutsche (Kollektiv-)Schuld« betone, errichte hier eine »Mauer des Schweigens«. Ein positiver Bezug auf die Nation werde so verhindert und ein Handeln im Sinne »des Volkes« verunmöglicht. Und so werde man, aufgrund einer »Vergangenheit, die nicht vergehen will« (Ernst Nolte), in die rechte Ecke gestellt, wo man eigentlich nicht hingehöre. Letztlich aber ist Festerlings Rede nur eine Neuauflage beziehungsweise Variation der »Schlussstrich-Debatte«, deren Tenor ein ums andere Mal lautet: Lass uns mit der Vergangenheit in Ruhe; oder genauer: »mit dieser Vergangenheit«. Denn Geschichte wird sehr wohl von PEGIDA benutzt zur tagesaktuellen Legitimation ihrer Kritik und ihres Protests.



Broschüre des »Instituts für Staatspolitik« aus dem Jahr 2007.

Tagesaktuelle Rückgriffe auf Geschichte

Derartige Rückgriffe sind auch Teil der gegenwärtigen Politik der extremen Rechten, beispielsweise in der Debatte um Flucht und Asyl. Hier werden den aus Krisen- und Kriegsgebieten Geflüchteten die (deutschen) Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten entgegengesetzt. Letztere seien echte, notleidende Flüchtlinge gewesen, während es sich bei den heute einreisenden Flüchtlingen (»die Anderen«, »die Ausländer«) um »Asylbetrüger« und »Sozialschmarotzer« handele. Die NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern stellt in einer Pressemitteilung diesen Zusammenhang wie folgt dar:

»Die deutschen Bürger, die von den Sowjets gewaltsam [...] vertrieben wurden, waren echte Flüchtlinge. Ganz anders die heutigen Flüchtlingsnachahmer. Sie kommen nicht etwa direkt aus den Kriegsgebieten wie unsere Vertriebenen, auch wenn die Medien uns diesen falschen Eindruck vorgaukeln« (NPD-MV 2015).



Die Identitäre Bewegung aus Österreich verbreitet die Botschaft mit einer Bildmontage über das Internet deutlich offensiver. Dabei werden Geflüchtete aus Syrien und afrikanischen Staaten nicht nur als Bedrohung für die Österreicher dargestellt. Mit der Bildunterschrift »Das ist der große Austausch« wird ebenso suggeriert, dass die Flüchtlingspolitik der politischen Elite das eigene Volk zerstöre.

Internetbanner der
»Identitären Bewegung«
Österreich o.J. (2015).

Zwei Momentaufnahmen, die auch zeigen, wie die extrem rechte Kommunikation über Geschichte das nach innen und außen Gerich-

tete miteinander verknüpft: Selbstverständlicher Ausgangspunkt sind die eigenen Landsleute (»wir«), die sich berechtigt Flüchtlinge nennen durften, da sie am Ende des Zweiten Weltkriegs und danach von der Roten Armee gewaltsam vertrieben worden seien. Die kollektive Identität als deutsches oder österreichisches Volk wird durch die Gegenüberstellung »des Ausländers« hergestellt, dem im Vergleich mit dem eigenen Schicksal die Berechtigung abgesprochen wird, sich Flüchtling zu nennen. Diese Argumentation, die dem rassistischen Ordnungssystem von ungleichwertigen »wir« und »die Anderen« folgt, ist in der derzeitigen Debatte keine Ausnahme, sondern eine – besonders in den sozialen Netzwerken – wiederkehrende Begründung für die Abwehr heutiger »fremder« Flüchtlinge.

Geschichtspolitik als Metapolitik

Die extreme Rechte definiert ihre erinnerungspolitischen Indienstnahmen nicht als Geschichtspolitik. Geschichtspolitik, so der Vorwurf, betrieben lediglich »die anderen«, die, die den Holocaust »sakralisierten«, die Deutschen zum »Tätervolk« machten und eine spezifische Sicht der Geschichte festschrieben (vgl. Hinz 2008: 7-10) und dabei das »deutsche Volk« am »Nasenring« führten – wie es auf dem Umschlag des Buchs »Der Nasenring. Im Dickicht der Vergangenheitsbewältigung« (1989) des Rechtsintellektuellen Armin Mohler (1920-2003) visualisiert ist. Ein Finger zieht an einem Ring, in dessen Mitte sich



ein gerundetes Hakenkreuz befindet und der durch die Nasenscheidewand eines imposanten Büffels gezogen ist.

Es ist offensichtlich, dass aber auch die extreme Rechte Erinnerungspolitik betreibt: Sie versucht, ihre Perspektive dem hegemonialen Geschichtsbild entgegenzusetzen und ihre Interpretation historischer Ereignisse und Abläufe als »wahr« zu verabsolutieren. Dabei lassen sich in den unterschiedlichen Milieus der extremen Rechten aber deutlich Unterschiede benennen. Während beispielsweise die Neonazis bevorzugt Massenverbrechen offensiv leugnen, komplett ausklammern oder verherrlichen, werden diese von der »Neuen Rechten« (Langebach/Raabe 2016) beziehungsweise dem rechtsintellektuellen Milieu relati-

viert. Auch der innere Zusammenhang unterscheidet sich: Bezugspunkt für die Neonazis ist primär das als organische Einheit imaginierte Volk (»Volksgemeinschaft«), für das Spektrum der intellektuellen Rechten die deutsche (ethnisch und kulturell weitestgehend homogene) Nation. Das rechtsintellektuelle Spektrum macht im Rahmen seiner strategischen Überlegungen keinen Hehl daraus, dass die Geschichte auch gegen NS-Nostalgiker verteidigt werden müsse:

»Dieses Eigene, dieses aus der Geschichte gespeiste So-Sein unserer Nation, muß verteidigt werden, das ist unsere Überzeugung. Und gerade in letzter Zeit haben wir deutlich gemacht, daß diese unsere Identität nicht nur gegen jene verteidigt werden muß, die Deutschland aus dem vermeintlich schwarzen Nichts heraus und mittels Verdammung von tausend Jahren Geschichte nochmals neu gegründet und erfunden haben. Sie muß ebenso verteidigt werden gegen alle, die unter ›deutsch‹ und ›national‹ vor allem eine nostalgische KdF-Dampferfahrt über die toll geschwungenen Reichsautobahnen zu Hitlers Berghof verstehen [...]« (Kubitschek 2008: 31).

Ihren Ansatz versteht dieses Spektrum als Metapolitik. Ihr geht es um die Produktion einer nationalen Geschichtsschreibung, die positiv in eine »nationale Identität« integriert werden kann und die sodann zurückwirkt auf das politische Handeln. Der Kampf darum, was und wie gesellschaftlich erinnert werden soll, ist eines ihrer zentralen Aktionsfelder. Das betont auch Karlheinz Weißmann, einer der bekannten Vertreter der intellektuellen Rechten, mit Rückgriff auf den Franzosen Ernest Renan (1823–1892): Erinnern und Vergessen seien »für das Leben der Nation« von besonderer Bedeutung, doch weder die Erinnerung noch das Vergessen verstünden sich von selbst, sondern es handele sich dabei »notwendigerweise um Streitfelder«:

»Wenn eine Partei in diesem Streit ihren Anspruch aufgibt, wird das, was sie für erinnerenswert hält, abgeräumt. Es gibt für diesen Vorgang zahllose Beispiele, es gibt allerdings auch zahllose Beispiele dafür, daß die zähe und entschlossene Behauptung einer Minderheitenposition im Meinungskampf zum Erfolg führt, weil die Veränderung der Lage das eben noch Verfemte in neuem Licht erscheinen läßt« (Weißmann 2004: 30).

Aus dieser derzeitigen »Minderheitenposition« heraus, versucht die extreme Rechte, über Nadelstiche ins öffentliche Bewusstsein vorzudringen, um ein positives Bild einer »zweitausendjährigen Geschichte der Deutschen« zu präsentieren.

Geschichtspolitik »im Dickicht der Vergangenheitsbewältigung«:
Armin Mohlers »Der Nasenring«
aus dem Jahr 1989.

»Opa war in Ordnung!«?

Anlässlich der 70. Jährung des Kriegsende in Europa veranstaltete das NS Dokumentationszentrum der Stadt Köln in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung am 7. und 8. Mai 2015 in Köln die Fachtagung »Opa war in Ordnung!« Erinnerungspolitik der extremen Rechten«. Jedes Jahr, vor allem zu den runden Jubiläen der deutschen Kapitulation und Befreiung vom Nationalsozialismus, meldet sich die extreme Rechte in der einen oder anderen Weise zu Wort: Parolen werden an Wände geschmiert, Slogans wild plakatiert, Kundgebungen abgehalten oder »Trauermärsche« organisiert.

Intention der Tagung war es, sich mit diesen Aktionen, vor allem aber ihren Erzählungen und politischen Zielsetzungen auseinanderzusetzen. Die vorliegende Publikation möchte die Vorträge und Diskussionen, die in die Beiträge integriert wurden, einem breiteren Publikum eröffnen. Sie gliedert sich in sechs Abschnitte:

Den Einleitungen folgt ein Rückblick auf das Kriegsende vor 70 Jahren in europäischer Perspektive von Richard Overy und Jost Dülffer.

Eine grundsätzliche Auseinandersetzung, welchen Stellenwert Geschichte für die extreme Rechte hat, wie sich ihre Akteure ins Verhältnis zur Geschichte setzen und welche Funktion der Indienstnahme zukommt, führen Gideon Botsch, Lena Inowlocki und Michael Kohlstruck.

Eine Reihe von Betrachtungen spezifischer Phänomene knüpft daran an: Christoph Kopke und Karsten Wilke widmen sich den »Heldengeschichten als Gegenerzählungen«, Brigitte Bailer dem Geschichtsrevisionismus und Christian Mentel den Leugnern des Holocausts. Karl Banghard und Jan Raabe setzen sich mit dem in diesem Spektrum omnipräsenten Germanenmythos auseinander und Heiko Klare, Kirsten John-Stucke und Stefan Wunsch skizzieren, wie schwierig der Umgang mit den Täterorten des Nationalsozialismus als Orte historisch-politischer Bildung ist. Die verklärende, eindimensionale lokale Erinnerung im Hürtgenwald rückt Karola Fings in den Mittelpunkt, Regine Heubaum die Thematisierung des Bombenkriegs in Nordhausen. Und Magnus Brechtken fragt nach der heutigen Relevanz von Adolf Hitlers »Mein Kampf«.

Im vorletzten Abschnitt zu »Intervention und pädagogischer Auseinandersetzung« knüpft Ulrich Baumgärtner direkt an den vorherigen Beitrag an und fragt, wie dieses Buch heute kritisch gelesen werden könne. Michael Sturm und Dirk Wilking stellen beispielhaft dar, wie zivilgesellschaftliche Entgegnungen auf die erinnerungspolitischen Aktionen und Kampagnen der extrem Rechten aussehen können. Sarah Kleinmann entwirft eine Idee, wie mit den Mythen des Spektrums in der außerschulischen Bildung umgegangen werden kann, und Jens Tanzmann formuliert schließlich, wie im Geschichts- und Politikunterricht auf derartige Geschichtsdeutungen und Propagandaaktivitäten reagiert werden kann.

Am Ende entwickeln Juliane Wetzel und Ulrich Ballhausen Perspektiven der historisch-politischen Bildung – aus Sicht der Antisemitismusforschung und der Praxis politischer Bildung.

Die Aufzählung aller, die uns bei der Planung und Durchführung der Fachtagung und der Konzeption und Umsetzung der Publikation mit Rat und Tat zur Seite standen, würde den Rahmen des Beitrags sprengen. Den vielen, die sich angesprochen fühlen dürfen, ist hiermit ein ganz herzlicher Dank ausgesprochen.

- 1 Vorangegangen waren verschiedene Teilkapitulationen sowie die Kapitulation der deutschen Streitkräfte am 7. Mai 1945 in Reims.
- 2 Zur »extremen Rechten« werden politische Organisationen, Medien und Personen gezählt, deren politische Perspektiven von Rassismus, Antisemitismus oder anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen (in unterschiedlicher Gewichtung) geprägt sind, nach einer Homogenität des »eigenen Volkes« verlangen und autoritären Gesellschaftsvorstellungen anhängen. Für die politikwissenschaftliche Definition ist die Stellung dieser Spektren gegenüber der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nur bedingt relevant. Als Sammelbegriff kann »extreme Rechte« die zentralen Unterschiede der verschiedenen Spektren, beispielsweise in ihrer geschichtspolitischen Ausrichtung, nur bedingt zum Ausdruck bringen. Zum ideologischen Gehalt der Definition sowie zum Begriff der extremen Rechten vgl. u.a. Minkenberg 2005, Stöss 2010: 10 ff.
- 3 Die Anführungszeichen sind bewusst gesetzt, da die extrem rechten Vorstellungen, dass sich das Leben des Volkes in der Geschichte vollziehe und das Wesen eines Volkes in seiner Geschichte erscheine (vgl. Kohlstruck 2011: 46), wenig gemein haben mit zeitgenössischer Geschichtsforschung, die ihre historischen Deutungen kontextualisiert und reflektiert.
- 4 Davon unberührt ist die Tatsache der weiten Verbreitung rassistischer und antidemokratischer Einstellungen (vgl. beispielsweise Zick/Klein 2014).
- 5 Die Erstarrung der Reflexivität kritisiert unter anderem Loewy, der die Gefahr sieht, dass über das Erinnern an den Holocaust eine neue nationale Identität gestiftet und eine »ethnisierende Form des Nationalismus« generiert werde (Loewy 2000: 246). Jureit und Schneider haben vor einigen Jahren kontroverse Thesen zu einer Gedenkkultur formuliert, die sich in ihren Augen auf Versöhnung und Identifikation mit den Opfern ausrichte (Jureit/Schneider 2010). Andere Autoren beklagen eine Ritualisierung (beispielsweise Gieseke/Welzer 2012), verweisen auf eine normative Aufladung des Gedenkens (Klein 2012) oder sehen die Gefahr einer Entdemokratisierung der Erinnerungspolitik (vgl. dazu den Beitrag von Gideon Botsch in diesem Band).

Quellen

Festerling, Tanjana (2015). Rede dokumentiert in: Bachmann, Lutz: 09.11.2015 PEGIDA Dresden live, online: www.youtube.com/watch?v=wFyZzElqj4, eingesehen: 13.11.2015.

Hinz, Thorsten (2008): Das verlorene Land. Aufsätze zur deutschen Geschichtspolitik, Berlin.

Hinz, Thorsten (2009): Der Super-Vatikan. Kampagne gegen den Papst: Die katholische Kirche soll sich der Zivilreligion beugen, in: Junge Freiheit 8/2009 v. 13.2.2009, S. 1.

Kubitschek, Götz (2008): Unser Standpunkt – winterlicher Nachtrag zu einem sommerlichen Aufruf, in: Sezession 23/2008, S. 30–32.

Nationaler Widerstand Dortmund (2007): 8.Mai–Wir feiern nicht!, online: nw-dortmund.net/main.php (Quelle inaktiv und von den Autoren gesichert).

NPD (2010): Arbeit. Familie. Vaterland. Das Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Beschlossen auf dem Bundesparteitag am 4./5.6.2010 in Bamberg.

NPD MV (2015): Aktuelles, Kreistag Vorpommern-Greifswald. Sozialdezernent vergleicht heutige Fluchtsimulanten mit den echten Flüchtlingen von 1945 (16.9.2015), online: www.npd-mv.de/?p=15777, eingesehen: 16.11.2015.

NPD Parteivorstand/Amt für Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.) (2006): Argumente für Kandidaten & Funktionsträger. Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung, Berlin.

rheinwiesenslager.info (2015): Aufruf, online: www.rheinwiesenslager.info/aufruf/, eingesehen: 13.11.2015.

Schüßlburner, Josef (1993): Die zwingende Frage nach einer jüdischen Vergangenheitsbewältigung, Staatsbriefe 4/1993, S. 25–31.

Schmidtke, Sebastian (2015): Rede auf der Kundgebung »Wir feiern nicht – Wir gedenken!«, am 8. Mai in Berlin-Karlshorst. Zitiert nach einem unveröffentlichten Redetranskript des antifaschistischen pressearchivs und bildungszentrums berlin e.V. (apabiz).

Weißmann, Karlheinz (2004): Phasen der Geschichtspolitik, in: Sezession 4/2004, S. 24–30.